

Der Arbeitsmarkt in Lateinamerika – gestern, heute und morgen

Während der sogenannten »década ganada«, des »gewonnenen Jahrzehnts«, kam es in Lateinamerika zu bedeutenden Fortschritten im Arbeits- und Sozialbereich. Das Wirtschaftsmodell aber wurde nicht geändert. Der aktuelle Verfall der internationalen Rohstoffpreise trübt die wirtschaftlichen Aussichten der Region. Doch es gäbe noch immer Spielraum für die Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer_innen. Der politische Wille ist dafür entscheidend. Derzeit jedoch scheint eine Revision der jüngsten Fortschritte zu drohen. Dies gilt sowohl für die Länder, in denen die Rechte die Regierung übernommen hat, als auch dort, wo weiterhin die Linke regiert.

DANIEL OLESKER

■ Vorgeschichte

In Lateinamerika kam es vom Ende der 1960er Jahre bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts zu einer erheblichen Verschlechterung der Einstellungs- und Entlohnungsbedingungen. Ausgehend vom sogenannten Washingtoner Konsens wurden in der Region weitgreifende Marktöffnungen und Deregulierungen vorgenommen. In den 70er Jahren wurden – in vielen Fällen unter einer Militärdiktatur – Wirtschaftsreformen vorangetrieben, die sich in den 90er Jahren konsolidierten. Sie zielten hauptsächlich auf die Öffnung der Märkte

Daniel Olesker: Er studierte Volkswirtschaft an der Universidad de la República de Uruguay und hat an der Universität von Louvaine-la-Neuve (Belgien) einen Magister-Titel erworben. Er ist Lehrstuhlinhaber an der Universidad de la República für die Volkswirtschaft Uruguays und für Arbeitsökonomie, war Gesundheitsminister (2010-2011) und Minister für Gesellschaftliche Entwicklung (2011-2015).

Schlagwörter: Arbeit, Arbeiterklasse, Konsens von Washington, soziale Rechte, Lateinamerika.
Originalversion: Dieser Artikel wurde in *Nueva Sociedad* Nr. 264, 7-8/2016, veröffentlicht. Übersetzung: Dagmar Dietz-Hertrich.

nach außen und die Liberalisierung der Binnenmärkte ab. Die staatliche Einflussnahme wurde auf ein Minimum reduziert. Das Augenmerk lag auf der Merkantilisierung der sozialen Güter, auf der Öffnung und Deregulierung der Finanzmärkte, um die Voraussetzungen für ausländische Direktinvestitionen und Kapitalflüsse zu verbessern, sowie auf der Privatisierung staatlicher Betriebe¹. Durch diese Politik kam es zur Flexibilisierung und Deregulierung von Arbeitsbedingungen, was für die Arbeiterklasse zu erheblicher Schutzlosigkeit geführt hat.

Wozu hat dieses Modell der Liberalisierung, der Deregulierung und der Öffnung der Märkte nach außen geführt? Nun, in hier betrachteten Zeitraum hat die Arbeitslosigkeit zugenommen, sind Arbeitsverhältnisse prekärer geworden, ist es zu einer Stagnation und teilweise gar zur Absenkung der Reallöhne gekommen. Arbeiterfamilien wurden gesellschaftlich wie auch bezüglich ihrer Wohnverhältnisse ausgegrenzt. Das heißt, die 90er Jahre bedeuteten einen enormen Rückschritt für die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in Lateinamerika.

Man muss betonen, dass Lateinamerika im selben Jahrzehnt ein Wachstum seines BIP erlebte. Dies zeigt, dass Wirtschaftswachstum nicht gleichzeitig Lohnverbesserungen oder quantitative und qualitative Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse bedeutet; Wirtschaftswachstum ist lediglich eine Voraussetzung dafür, dass es hier zu Verbesserungen kommen kann. Man könnte sagen, es ist eine notwendige, jedoch keineswegs hinreichende Voraussetzung. Damit aus Wirtschaftswachstum inkludierendes Wachstum und Teilhabe am Wachstum wird, sind spezifische politische Maßnahmen notwendig. Wenn aus Wirtschaftswachstum Verbesserungen für die Arbeiterklasse entstehen sollen, kommt es auf den politischen Willen derjenigen an, die staatliche Politik machen, und darauf, dass die Arbeiter selbst sich organisieren und kämpfen.

■ Die 2000er Jahre

Infolge der tiefgreifenden Krise, die das Wirtschaftsmodell der Liberalisierung, der Öffnung der Märkte, der Unternehmenskonzentration und der Ausgrenzung hervorgebracht hatte, kam es in der Region ab dem Jahr 2000 zu politischen Veränderungen. Im Rahmen von sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfen wurde ein Wandel in der staatlichen Politik bewirkt. Er hatte

1. Für Uruguay habe ich dieses Modell theoretisch analysiert und es »modelo LACE« genannt (»l« für liberal, »a« für *aperturista*/Öffnung nach außen, »c« für *concentrador*/einkommenskonzentrierend und »e« für *excluyente*/ausgrenzend); siehe D. Olesker: *Crecimiento y exclusión: nacimiento, consolidación y crisis del modelo de acumulación capitalista en Uruguay (1968-2000)*, Trilce, Montevideo, 2001.

erhebliche Konsequenzen für die Arbeiterklasse. Es wurden strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft angestoßen, die sowohl qualitativer als auch quantitativer Natur waren. Zentral waren folgende Entwicklungen:

- Ein Anstieg der Beschäftigung: die durchschnittliche Beschäftigungsrate² stieg zwischen 2000 und 2014 von 56% auf 58%, was bedeutet, dass 2% mehr Menschen im arbeitsfähigen Alter in diesem Zeitraum Arbeit gefunden haben.
- Bessere Arbeitsverhältnisse: mehr sozialversicherte Arbeitsplätze bedeuteten weniger informelle Arbeitsverhältnisse, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Stabilität der Arbeitsverhältnisse, besserem Zugang der Arbeiter_innen zum Arbeitsmarkt und zur Altersrentenversicherung.
- Besserer Zugang der Arbeiter_innen zu sozialen Gütern, insbesondere zur Gesundheitsversorgung und – in geringerem Maße, aber ebenso bedeutend – zu Bildung. Auch wenn sich diese Entwicklung nicht für alle Länder gleich darstellt, weist die Region – als Ergebnis der Gesundheitsreformen und der Formalisierung von Arbeitsverhältnissen – heute insgesamt bessere Zugangsmöglichkeiten zum Gesundheitssystem auf. Auch war ein Zuwachs an Inklusion ins Bildungssystem zu verzeichnen. Daraus resultierte ein Anstieg der durchschnittlichen Schulbesucherrate von Kinder aus der Arbeiterklasse.
- Anstieg des durchschnittlichen Reallohniveaus.
- Deutlich angehobene Mindestlöhne; dadurch wurde eine Reduktion der Lohnungleichheiten ermöglicht.

■ Gründe für den Wandel

Was hat zu diesem Wandel geführt, der insgesamt eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse mit sich gebracht hat? Ganz gewiss sind diese Veränderungen nicht durch Wirtschaftsaktivitäten entstanden, denn die Wirtschaft ist in beiden betrachteten Zeiträumen gewachsen. Aber während unter dem liberalen Wirtschaftssystem das Wachstum einherging mit einer Konzentration der Einkommen und der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, kam es in den 2000er Jahren zu einer gerechteren Einkommensverteilung und einer höheren Lebensqualität für die Arbeiterklasse. Hier wird die These

In den 2000er Jahren kam es zu einer gerechteren Einkommensverteilung und einer höheren Lebensqualität für die Arbeiterklasse ■

2. Die Beschäftigungsrate misst die Anzahl der Beschäftigten in Relation zur Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter.

aufgestellt, dass die Gründe für diesen Richtungswechsel im gesellschaftlichen Überbau lagen, also in der Ausgestaltung staatlicher Politik, die diesen Wechsel unterstützt hat, und in den Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit. Auch wenn sich die Realität von Land zu Land unterscheiden mag, lassen sich doch die strukturellen und institutionellen Veränderungen als ein Bündel an politischen Maßnahmen zusammenfassen:

- Kollektive Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen
- Grundlegende Reformen der Zugangsbedingungen zu sozialen Gütern, insbesondere zum Gesundheits- und zum Bildungssystem
- Anstieg des durchschnittlichen Bildungsniveaus der Arbeiter_innen
- Mehr politische Kontrolle über informelle Arbeitsverhältnisse
- Bessere Mindestarbeitslöhne als Grundlage für die Lohnverhandlungen für einzelne Wirtschaftsbereiche. Es wurden auch Verbesserungen angestoßen für Sektoren mit geringen Einkünften, etwa für Landarbeiter_innen, haushaltsnahe Dienste, im Handel und bei Dienstleistungen.

Im Sozialbereich und auf dem Arbeitsmarkt wurden durch regulatorische Eingriffe des Staates strukturelle Änderungen vorgenommen. Die Reformen haben zugleich mehr gewerkschaftliches Engagement ermöglicht. Daraus resultierten Gesetze für Lohnverhandlungen und die Freiheit von Gewerkschaften. Das wiederum hat ein neues Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit erzeugt, welches sich erheblich von dem in den 90er Jahren vorherrschenden Modell unterscheidet. Gleichzeitig gab es in diesem Zusammenhang in den meisten Ländern einen Wandel im Verständnis dessen, was Staat bedeutet.

Die vorstehenden Ausführungen werden dadurch erneut bekräftigt: Die Voraussetzungen des Überbaus (staatliche Politik und neuere Entwicklungen im Arbeiterkampf) waren es, die aus einem Wirtschaftswachstum ein inkludierendes Wirtschaftsmodell und ein Modell der wirtschaftlichen Teilhabe gemacht haben.

■ Die aktuelle Problemlage

Trotz der genannten Verbesserungen bestehen nach wie vor erhebliche Probleme. Gleichzeitig werfen wirtschaftliche Schwierigkeiten aktuell die Frage auf, ob der Wandel so fortgesetzt werden soll und wie mit möglichen Rückschritten umzugehen ist. Trotz aller Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt (die in manchen Ländern mehr, in anderen weniger sichtbar sind) gab es in den 2000er Jahren keinen grundlegenden Wandel in der Struktur der Produktionsprozesse.

Das heißt, die Abhängigkeit von der Rohstoffwirtschaft, einer primärwirtschaftlichen, exportkonzentrierten Struktur, bestand fort. Der produzierte und exportierte Mehrwert war weiterhin gering. Die Güter mit höherem Mehrwert und technologisch komplexere Güter waren immer noch importabhängig. Man hatte die Abhängigkeit von den Volkswirtschaften der Industrieländer nicht verringert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die 2000er Jahre einen Widerspruch aufwiesen zwischen sozialen und arbeitsmarktbezogenen Reformen mit starker Betonung der Inklusion und Teilhabe einerseits und einer Produktionsstruktur andererseits, die weiterhin zur Einkommenskonzentration neigte. Im Rahmen dieses langen Zeitraums mit bedeutendem Wirtschaftswachstum in der Region (das teilweise von der wachsenden Nachfrage und den hohen Rohstoffpreisen gestützt wurde) war es möglich, einen sozialen und arbeitsmarktbezogenen Wandel voranzutreiben, ohne gleichzeitig die Produktionsstruktur hin zu mehr Teilhabe zu verändern. Die Verbesserungen auf dem Sozialsektor und dem Arbeitsmarkt als Bestandteile des gut funktionierenden Wirtschaftskreislaufs haben sich auf den Konsum der Arbeiterhaushalte ausgewirkt. Damals stieg die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt, was das Wirtschaftswachstum an sich deutlich unterstützte. Die heutigen konjunkturellen Veränderungen erfordern den Mut, diese Prozesse weiterzutreiben und vor allem einen umfassenden Wandel anzugehen, angefangen von sozialen und arbeitsmarktrelevanten Veränderungen bis hin zu Veränderungen an der Produktionsstruktur. Darauf wird am Ende dieses Artikels nochmals Bezug genommen.

Es gibt einen Widerspruch zwischen social- und arbeitsmarktbezogenen Reformen und der Produktionsstruktur ■

■ Probleme auf dem Arbeitsmarkt bestehen weiter

Folgende zentrale Probleme sind hervorzuheben:

- Obwohl es im genannten Zeitraum Lohnverbesserungen gegeben hat, muss eine sehr große Zahl von Arbeiter_innen weiterhin mit Lohnniveaus leben, die weit unter dem liegen, was ein Leben in Würde ermöglicht³.

3. In Uruguay nennt man diese Gruppe »*quincemilpesistas*« (»Fünfzehntausendpeso-Arbeiter«), als Anspielung darauf, dass sie weniger als 15.000 Pesos (500 us-Dollar) im Monat bei einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden verdienen.

- Immer noch gibt es einen hohen Anteil an informellen und prekären Arbeitsverhältnissen, insbesondere bei Geringqualifizierten und in den niedrigsten Einkommensgruppen, auch wenn die Tendenz hier rückläufig ist.
- Geschlechterbezogene Lohnunterschiede und Diskrepanzen beim Zugang zu Tätigkeiten mit mehr Verantwortung bestehen fort.
- Unter Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit höher, insbesondere bei weiblichen Jugendlichen. Dies bedeutet größere Probleme für die künftige Lebensentwicklung und für die Emanzipation.
- Trotz verbesserter durchschnittlicher Bildungsniveaus unter den Arbeiter_innen ist ihr Anteil bei höheren Bildungsabschlüssen (Hochschulen und Studium) eher gering.

■ Was angesichts dieser Konjunktur zu tun ist – der internationale Rahmen

Die internationale Konjunktur lässt sich nicht auf Rohstoffpreise oder Auslandsnachfrage reduzieren. Die langwierige und instabile Erholung von der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Industriestaaten und der Wandel im Akkumulationsmodell Chinas bewirken offensichtlich eine Abwanderung von Kapital aus den Ländern der Peripherie. Die Konsolidierung des Globalisierungsmodells und der Hauptwertschöpfungsketten tragen noch dazu bei. Hinzu kommen niedrigere Preise für die *commodities* und Probleme bei der Investorensuche, was die Exporteinnahmen mindert. Diese Phänomene, die man als Komponenten eines kurzzeitigen Anpassungszyklus zwischen Angebot und Nachfrage interpretieren könnte, wirken sich direkt auf die Volkswirtschaften Lateinamerikas aus⁴. Deswegen ist es nötig, diese neuen Rahmenbedingungen zu analysieren und nationale und regionale Allianzen zur Abwehr dieser neuerlichen Phase der kapitalistischen Konzentration zu schmieden.

**Es ist nötig, regionale
Allianzen zur Abwehr
dieser neuerlichen
Phase der kapitalistischen
Konzentration zu
schmieden ■**

rung von Kapital aus den Ländern der Peripherie. Die Konsolidierung des Globalisierungsmodells und der Hauptwertschöpfungsketten tragen noch dazu bei. Hinzu kommen niedrigere Preise für die *commodities* und Probleme bei der Investorensuche, was die Exporteinnahmen mindert. Diese Phänomene, die man als Komponenten eines kurzzeitigen Anpassungszyklus zwischen Angebot und Nachfrage interpretieren könnte, wirken sich direkt auf die Volkswirtschaften Lateinamerikas aus⁴. Deswegen ist es nötig, diese neuen Rahmenbedingungen zu analysieren und nationale und regionale Allianzen zur Abwehr dieser neuerlichen Phase der kapitalistischen Konzentration zu schmieden.

■ Was angesichts dieser Konjunktur zu tun ist – die globale Politik

Zunächst soll die ursprüngliche These dieses Artikels wieder aufgegriffen werden – es sind nicht objektive wirtschaftliche Voraussetzungen, die in

4. Die Gesamtsicht auf die außenkonjunkturelle Wirtschaftslage, die ich hier zusammenfasse, ist das Ergebnis der Beiträge meines Kollegen Roberto Kreimerman, zu Zeiten von Präsident José Mujica Wirtschaftsminister in Uruguay.

sozialen und arbeitsmarktrelevanten Fragen die Richtung bestimmen. Diese hängt vielmehr vom Überbau ab, von den Regulierungsinstitutionen, von politischen Entscheidungen und von den Kräfteverhältnissen innerhalb einer Gesellschaft. Um den Prozess des Wandels zu stärken, muss man mit diesem Wandel fortfahren. Das bedeutet:

- Dringend notwendige Veränderungen der Produktionsstruktur müssen vorgenommen werden. Der regionale Austausch muss zudem konsolidiert werden, um einen Einstieg in den Weltmarkt mit höherem Mehrwert in den Wertschöpfungsketten zu erreichen.
- Der Fluss der staatlichen Investitionen in Bereiche, die die wirtschaftliche Grundlage des nationalen Entwicklungsmodells stützen und gleichzeitig qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen, muss unvermindert weitergehen.
- Die Reformen zur Verbesserung des Zugangs zu sozialen Gütern für alle müssen fortgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die noch immer benachteiligten Gruppen in der Bevölkerung oder solche, die nur sehr geringfügig Leistungen erhalten.
- Die Arbeitsreformen sind fortzuführen, insbesondere hinsichtlich der Ausweitung der Rechte von Arbeitnehmer_innen und der Verbesserung bei den Löhnen der am meisten Benachteiligten. Bedingungen, die zur Schaffung prekärer Arbeitsverhältnisse führen (die es noch immer gibt), muss die Grundlage entzogen werden.
- Politische Maßnahmen, die autonome wirtschaftliche Aktivitäten und die Schaffung würdiger Arbeitsplätze unterstützen, sind fortzuführen. Im Fokus stehen hier insbesondere kleine und mittlere Betriebe.
- Alternative Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln sind zu fördern, insbesondere selbstverwaltete Produktionsformen.

■ Abschließende Überlegungen

Offensichtlich waren die 90er Jahre für die Arbeiterklasse in Lateinamerika ein enormer Rückschritt. Der Staat hat diesen durch Flexibilisierungsmaßnahmen im Interesse der großen Unternehmensverbände selbst betrieben. Auch ist es offensichtlich, dass die 2000er Jahre hier eine Wende bedeutet haben. Man wollte integrieren, Teilhabe schaffen und inkludieren. Das hatte bedeutende Auswirkungen auf die sozialen Verhältnisse und auf die Arbeitsverhältnisse. Die Voraussetzungen aber haben sich seit anderthalb Jahren offensichtlich geändert. Einerseits haben sich die Bedingungen für das Wachstum in den Volkswirtschaften Lateinamerikas verschlechtert.

Andererseits gab es Veränderungen in der ideologisch-politischen Orientierung einiger Regierungen in der Region, wofür Argentinien und Brasilien paradigmatisch stehen. Drittens haben die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Ländern, die weiterhin eine linke Regierung haben, zunehmend für Konfliktstoff gesorgt. Zudem versuchen Industrie- und Handelskammern, die Verschlechterung der Wirtschaftslage auszunutzen, um die jüngsten Errungenschaften der Arbeiter_innen in Frage zu stellen. Dort, wo das rechte Lager an die Regierung kam, folgt eine Abkehr vom inkludierenden Wachstum. Doch es lassen sich auch Rückschritte bei den linken Regierungen feststellen, die zuvor begonnene Prozesse verlangsamten oder sogar verändern. Beispiele sind die Aufhebung der Lohnbindung, Einschnitte im Haushalt oder steuerliche Anpassungen, wie sie in Brasilien sogar während der Regierungszeit der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT) vorgenommen wurden oder unter der Regierung der Frente Amplio in Uruguay.

Deswegen soll hier betont werden, dass eine Fortführung des seit dem Jahr 2000 beschrittenen Weges notwendig ist. Dafür werden gesellschaftliche und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen den Ausschlag geben; und in den Ländern, die noch eine linke Regierung haben, müssen entsprechende politische Debatten geführt werden. In weniger dynamischen ökonomischen Szenarien beschleunigt sich der Verteilungsdruck, und es ist mehr Mut und die Konfrontation mit den Akteuren der Wirtschaft nötig, um Rückschritte zu verhindern. Folgendes ist dafür zusammengefasst mindestens erforderlich:

- Grundlegende Strukturen der Wirtschaftspolitik und die Ausrichtung der Produktion sind zu verändern. Diese sind in eine Linie zu bringen mit dem Modell für gesellschaftliche und arbeitsmarktpolitische Reformen und nicht etwa umgekehrt, wozu ein paar Länder in der Region anscheinend tendieren.
- Der Umfang der Sozialreformen und ihre Reichweite sind zu erhöhen statt sie zu stoppen (oder gar zurückzunehmen).
- Arbeitsmarktreformen müssen verstärkt werden, eine maximale Ausweitung der kollektiven Lohnverhandlungen und der Rechte der Arbeiter_innen ist notwendig.
- Die lohnsteigerungsfreundliche Politik muss weitergeführt werden, damit der Binnenmarkt belebt wird und so eine Kraft entsteht, die den negativen Auswirkungen des Außenhandels entgegenwirkt.
- Als Bestandteil einer Politik, die sich zu der konjunkturellen Lage antizyklisch verhält, muss der Staat weiter stark investieren.

- Mit einer Reihe gezielter Instrumente müssen Änderungen bei den Lohnniveaus, bei informellen Arbeitsverhältnissen, bei Frauen und Jugendlichen, insbesondere bei den Armen der Gesellschaft in Gang gesetzt werden.

Wir stehen heute vor einem großen Dilemma. Die Fortsetzung einer Politik der Inklusion und Teilhabe im Sozialen wie auf dem Arbeitsmarkt steht auf dem Spiel, und dies nicht nur wegen der veränderten wirtschaftlichen Voraussetzungen. Es geht um die Entscheidung, Verteilungsfragen ins Zentrum der Debatte zu rücken und auch um die politische Entscheidung, sich auf die Seite der Interessen der Arbeiterklasse zu stellen. Die Regierungen und die sozialen Kämpfe werden den Weg weisen: Entweder wird das Erreichte fortgeführt oder es kommt zu Rückschritten. Mehr Möglichkeiten gibt es nicht. Diese Zeilen möchten die Debatte für eine Fortsetzung des Erreichten unterstützen. ☒

revista cidob d'
afers
 internacionals

Diciembre de 2016

Barcelona

Nueva época N° 114

RECONFIGURACIÓN DEL SUR GLOBAL:
 ÁFRICA, AMÉRICA LATINA Y EL «SIGLO DE ASIA»

Coordinado por Karim El Aynaoui y Eckart Woertz

ARTÍCULOS: **Karim El Aynaoui y Eckart Woertz**, Introducción: África, América Latina y el «siglo de Asia». **Fernando Mouron, Francisco Urdinez y Luis Schenoni**, Sin espacio para todos: China y la competencia por el Sur en el siglo XXI. **Oswaldo Kacef**, América Latina y Asia: intensificación de los vínculos económicos. **Igor Hernández y Diego Guerrero**, Desafíos petroleros para América Latina y África ante la expansión asiática. **Manuel de Jesús Rocha Pino**, China y la integración megarregional: la nueva Ruta de la Seda marítima en África. **Borja M. Iglesias**, Ciudades intermedias en la integración territorial del Sur Global. **Frank Mattheis y Christina Stolte**, Los desafíos de un donante emergente: la cooperación Sur-Sur de Brasil con Ghana. **Oumar Kourouma**, La mutualización de las potencias: una estrategia africana de cooperación Sur-Sur. **Gisele Kleidermacher**, Desde el Sur y hacia el Sur: movimientos transmigratorios de senegaleses hacia Argentina. **Carmen Grau**, Entre China y Taiwán: el caso de Nicaragua y el Canal Interoceánico. RESEÑAS DE LIBROS.

Revista CIDOB d' Afers Internacionals es una publicación cultural/académica trimestral de relaciones internacionales y desarrollo de la Fundación CIDOB, c/ Elisabets, 12 - 08001 Barcelona, España, Tel. (+34) 93 302 6495. Se edita en formato impreso y digital. Página web: <www.cidob.org/publicaciones/filter/53216>.